



Bremen, zum 14. September 2025

Aufruf zur Kommunalwahl NRW 2025

Bei der Kommunalwahl in Nordrhein-Westfalen am 14. September. 2025 steht vieles auf dem Spiel: Es geht um Mitbestimmung, um die Gestaltung unserer unmittelbaren Lebensräume – und um die Zukunftsfähigkeit unserer Städte und Gemeinden. Architects for Future (A4F) ruft alle Bürger:innen dazu auf, ihr Wahlrecht zu nutzen – demokratisch, ökologisch und sozial! Bei dieser Wahl entscheiden Sie über Ihr direktes Umfeld.

Zukunft braucht gelebte Demokratie vor Ort.

In Zeiten, in denen demokratische Werte zunehmend herausgefordert werden, braucht es eine starke, transparente Kommunalpolitik. Gerade auf kommunaler Ebene müssen Klima-, Wirtschafts- und Sozialpolitik Hand in Hand gehen – sachlich, inklusiv und zukunftsorientiert. Eine gestärkte Demokratie ist die beste Basis dafür. Wir fordern eine sachliche Debatte, die Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit als untrennbar verbindet. Wir appellieren an alle Bürger:innen, sich vorab umfassend zu informieren.

Ihre Stimme zählt – für echte Veränderung.

Je höher die Wahlbeteiligung, desto stärker ist unsere Demokratie. Jede Stimme bei der Kommunalwahl kann zum Fortschritt bei Klimaschutz und sozialer Gerechtigkeit beitragen. Unterstützen Sie diejenigen Kandidat:innen und Parteien, die authentisch für nachhaltige, gerechte Lösungen stehen. Kein Programm ist perfekt – wählen Sie die größte Übereinstimmung.

Ohne Demokratie kein Klimaschutz – und umgekehrt.

Nur eine funktionierende Kommunalpolitik kann langfristig Klimaschutz, soziale Gerechtigkeit und einen zukunftsfähigen Bau- und Gebäudesektor sicherstellen. Nutzen Sie diese Wahl, um sich für eine Politik einzusetzen, die den Wandel als Chance sieht und die Zukunft aktiv und verantwortungsvoll gestaltet. Kommunen haben hier eine besondere Vorbildfunktion in Sachen Klimaschutz und Bauwende. Sie verfügen über ein großes Potenzial: Kommunen sind zentrale Auftraggebende im Bau und Eigentümerinnen eines enormen öffentlichen Gebäudebestandes.

Unsere Botschaft an die kommunale Politik

Wir rufen alle lokalen Entscheidungsträger:innen auf: Beziehen Sie die Expertise engagierter Bürger:innen, Initiativen und Fachleute ein. Die großen Hebel wie die Bauwende, Mobilitätswende und Wärmewende müssen auch kommunal dringend angegangen werden. Wir stehen bereit, die politische Landschaft aktiv mitzugestalten – im Dialog, mit Wissenstransfer und in der Umsetzung.

Unsere Forderungen an die Politik

1. **Demokratie & Klimaschutz als Einheit denken:** Klimagerechtes Handeln beginnt vor Ort – nachhaltig und transparent.
2. **Nachhaltigkeit inklusiv und sozial gestalten:** Alle Menschen müssen von grünen Konzepten profitieren – bezahlbarer Wohnraum und soziale Teilhabe inbegriffen.
3. **Bestand fördern statt Abreißen:** Umbau, Aufstockung oder Sanierung statt Neubau – klimafreundlicher, ressourcenschonender, zukunftsfähiger.
4. **Mutige, zukunftsfähige Entscheidungen treffen:** Kommunen sollen mit Weitblick agieren – etwa klimaneutral planen, energetisch sanieren, neue Mobilitätsformen fördern.

Demokratie lebt vom Miteinander

Nutzen Sie die Zeit bis zur Wahl, um Demokratie, Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit ins Gespräch zu bringen. Sprechen Sie mit Kolleg:innen, Familie und Freund:innen, und machen Sie die Wahl zum Thema – auf Social Media oder im persönlichen Miteinander. Haben Sie den Mut, Ihre Stimme zu erheben und andere zum Wählen zu motivieren. Gemeinsam gestalten wir unsere Region nachhaltig, sozial gerecht und demokratisch.

Gehen Sie wählen – jede Stimme zählt!

Der Bausektor:

Schlüssel zur Klimawende und sozialer Gerechtigkeit

Der Bausektor ist für rund 40 % der globalen CO₂-Emissionen verantwortlich und spielt somit eine entscheidende Rolle beim Erreichen der Klimaziele - auch bei uns in NRW. Eine Bauwende ist unerlässlich und unter allen am Bau Beteiligten grundsätzlich unstrittig.

Kommunalpolitik hat hier einen direkten Hebel: über Bauleitplanung, kommunale Förderprogramme, städtische Gebäude, Wohnungsbaugesellschaften und öffentliche Beschaffung. Dazu gehören auch konkrete Instrumente wie Satzungen zur Dachbegrünung, Regelungen für Stellplätze, Beratungsangebote zu Ausschreibungen in den Landkreisen oder die Gestaltung öffentlicher Plätze mit mehr Stadtgrün.

Eine konsequente Bauwende ist unerlässlich – ökologisch wie sozial. Für Architects for Future e.V. sind dies die wichtigsten kommunalen Handlungsfelder für die nächste Legislaturperiode:

1. Bauwende vor Ort umsetzen: Schlüssel zu Klima- und Ressourcenschutz

Der Abriss und Neubau von Gebäuden verursacht hohe CO₂-Emissionen und verschwendet wertvolle Ressourcen. Unsere Städte und Gemeinden müssen Erhalt, Umbau und Sanierung konsequent vor Neubau priorisieren. Sanierungen sind in der Regel klimafreundlicher, kostensparender und sozial gerechter. Das heißt: Abriss nur nach Prüfung ökologischer und sozialer Folgen, Sanierungsprogramme ausbauen, Recycling und Materialkreisläufe fördern, Einsatz nachwachsender und wiederverwendeter Baustoffe sowie Sekundärbauteilen erleichtern. **Beispiele: kommunale Förderprogramme für Sanierung statt Neubau, Materialbörsen und Bauteilbörsen, Nachnutzung von leerstehenden Gebäuden.**

2. Wärme- und Energiewende lokal gestalten: sozialer Ausgleich wirksam und fair

Kommunen können über Stadtwerke, Wärmepläne und Sanierungsförderung den Umstieg auf erneuerbare Energien beschleunigen. Besonders einkommensschwache Haushalte in schlecht gedämmten Gebäuden brauchen gezielte Unterstützung, um von hohen Gaspreisen entlastet zu werden. **Beispiele: kommunale Wärmepläne, Förderung von Wärmepumpen, Beratung für einkommensschwache Haushalte, Ausbau von Fernwärmenetzen auf Basis erneuerbarer Energien.**

3. Bezahlbaren Wohnraum sichern - Bestand statt Neubaufokus

Ein Mehr an Neubau hat in den vergangenen Jahrzehnten keine Entlastung am Wohnungsmarkt bewirkt. "Bauen, bauen, bauen" löst erwiesenermaßen das Problem "Wohnungskrise" nicht. Kommunen müssen bestehende Gebäude umnutzen, leerstehenden Bestand aktivieren und bezahlbare Mieten sichern – z. B. durch kommunale Wohnungsbaugesellschaften, Erbpachtmodelle und gemeinwohlorientierte Bodenpolitik. Bessere Bedingungen für einen Bestandserhalt erleichtern auch den Werterhalt selbst genutzter Wohngebäude, die z.B. als Einfamilienhaus für die Altersabsicherung gebaut wurden. **Beispiele: Umnutzung leerstehender Bürogebäude zu Wohnungen, Zwischennutzungskonzepte, kommunale Milieuschutzsatzungen zur Mietpreisdämpfung.**

4. Fachkräfte gewinnen – vor Ort ausbilden und integrieren

Kommunale Bildungs- und Qualifizierungsangebote im Bau- und Handwerksbereich müssen ausgebaut werden. Gleichzeitig gilt es, zugewanderte Fachkräfte unbürokratisch zu integrieren und ihre Qualifikationen schnell anzuerkennen. **Beispiele: lokale Ausbildungsprogramme in Bau- und Handwerksberufen, Kooperationen mit Berufsschulen und Hochschulen, Anerkennungsstellen für ausländische Qualifikationen.**

5. Investitionen in nachhaltige Stadtentwicklung: Jetzt handeln, statt später zahlen

Statt fossile Infrastrukturen weiter zu fördern, sollten kommunale Haushalte in klimapositive Projekte fließen: energetische Sanierung öffentlicher Gebäude, erneuerbare Wärmeversorgung, Schwammstadt-Konzepte,

Hitzeschutz, Rad- und Fußverkehr, sowie lebendige, grüne Stadtquartiere. **Beispiele: verpflichtende Grünanteile in Bebauungsplänen, Entsiegelungsprogramme, Umwidmung von Parkflächen zu Radwegen oder Aufenthaltsbereichen, Förderungen für urbane Gärten.**

Das Nichthandeln hat hohe soziale und ökologische Kosten. Es ist notwendig jetzt unmittelbare Maßnahmen zu ergreifen, um wesentlich höhere Klima- und Umweltfolgekosten zu minimieren. Klimaschutz ist günstiger als Klimaanpassung! Wirtschaft und Klimaschutz sind kein Widerspruch - Klimaschutz muss als Chance für Fortschritt und Innovation dienen.

6. Klimaschutz als Chance für Lebensqualität

Sanierungen, erneuerbare Energien und nachhaltige Mobilität sind nicht nur Klimaschutz, sondern auch Gesundheits- und Lebensqualitätsprojekte. Sie senken Energiekosten, schaffen sichere Arbeitsplätze und machen uns unabhängig von fossilen Importen. **Beispiele: Begrünung von Dächern und Fassaden für Hitzeschutz, sichere Radwege für gesunde Mobilität, Umgestaltung von Plätzen zu grünen Begegnungsorten.**

Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit müssen Hand in Hand gehen, etwa durch Jobchancen in grünen Technologien und die Förderung klimaschonender Lebensweisen. Um die Akzeptanz von Klimaschutzprogrammen zu sichern, braucht es sozialen Ausgleich, etwa die direkte Unterstützung einkommensschwacher Haushalte oder die Auszahlung eines Klimagelds. Sanierungen und Umbauen im Bestand und die Förderung nachhaltiger Mobilitäts- und Stadtentwicklungskonzepte bringen Vorteile für Gesellschaft, Klima- und Naturschutz. Klima- und Umweltschutz sichern langfristig Lebensqualität und wirtschaftliche Stabilität.

Die Stärkung der Klimaresilienz ist eine wesentliche Aufgabe der nächsten Jahre - unsere Umgebung muss an die bekannten Klimafolgen angepasst werden. Hitzeschutz und Konzepte zur Schwammstadt sind umzusetzen. **Beispiele: Pflanzung von Straßenbäumen, Förderung von Regenwassernutzung, Anlage von Schattenplätzen im öffentlichen Raum.**

Grundsatz: Lebensgrundlagen schützen, Gemeinwohl stärken

Unsere Kommunalpolitik muss sich am Schutz von Klima, Ressourcen und sozialer Gerechtigkeit orientieren. Eigentum verpflichtet – und öffentliche Flächen, Gebäude und Gelder müssen im Sinne des Gemeinwohls eingesetzt werden.

Der Schutz von Klima, Ressourcen und sozialer Gerechtigkeit ist im Grundgesetz verankert.

Artikel 20a GG verpflichtet den Staat, die Lebensgrundlagen für kommende Generationen zu sichern. Artikel 14 GG stellt klar, dass Eigentum verpflichtet und zum Gemeinwohl beitragen muss. Klimaschutzziele auf EU-Ebene sind seit langem beschlossen und verpflichtend. Dies sollte auch weiterhin die Grundlage und Ausrichtung unseres gemeinsamen Lebens und Handelns sein.

Gemeinsam können wir eine Politik vorantreiben, die ökologisch, sozial und demokratisch ist.

Am 14. September 2025 haben wir es gemeinsam in der Hand: Wählen wir eine Kommunalpolitik, die die Bauwende vorantreibt – für Klimaschutz, soziale Sicherheit und lebenswerte Städte in NRW.

Architects for Future ist seit 2019 Teil des For-Future-Netzwerks, das die Einhaltung der Pariser Klimaschutzziele, die Wahrung der planetaren Grenzen und Beachtung der Generationengerechtigkeit fordert. Die Mitglieder der Bewegung setzen sich ehrenamtlich für die ökologische, klima- und sozialgerechte Bauwende ein und arbeiten kooperativ auf allen Ebenen, um das Bauen zukunftsfähig zu machen.